



Berlin, 10. Juni 2002

Solidaritätserklärung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir erklären uns solidarisch mit Eurem Warnstreik. Angesichts des Teuro und der Erhöhung der Gehälter der Mitglieder des Telekom-Vorstandes um 90 % ist die Forderung von 6,5%, die ver.di aufgestellt hat, das Mindeste was in dieser Tarifrunde durchgesetzt werden muss.

Lohnverzicht rettet auch keine Arbeitsplätze. Trotz Zurückhaltung bei den Lohnforderungen in den vergangenen Jahren, hat die Telekom 100.000 Stellen abgebaut. Die unverschämte Drohung der Telekom-Bosse weitere 30.000 Arbeitsplätze zu vernichten, falls verd.i auf den 6,5 % beharre, ist eine Provokation.

Die Antwort von ver.di kann nur sein, die volle Kampfkraft gegen Arbeitsplatzvernichtung, Lohnraub, Flexibilisierung und Arbeitsdruck einzusetzen.

Die Krise in der Telekommunikationsbranche zeigt, dass Privatisierungen von öffentlichen Betrieben nur dazu führt, dass sich Großaktionäre auf Kosten der Beschäftigten und der Nutzer bereichern.

Wir sind der Meinung, dass privatisierte Betriebe wieder in öffentliches Eigentum zurückgeführt werden sollten. Unter demokratischer Kontrolle durch Beschäftigte und Nutzer kann die umfassende Versorgung der Bevölkerung, der Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, ordentliche Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne sichergestellt werden. Dafür kämpfen wir. Wir sind Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Fachbereichen von ver.di und wir denken, dass die Gewerkschaften endlich in die Offensive gegen die immer härteren Angriffe der Unternehmer und der Regierung gehen müssen. Schluss mit der Politik des Co-Managements! Gewerkschaften müssen wieder zu dem gemacht werden, wofür sie aufgebaut wurden – zu Kampforganisationen der arbeitenden Menschen!

Mit solidarischen Grüßen

Holger Dröge